

## / Positionspapier

Juli 2022

### Deutsches Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen bzgl. Israel

---

#### Hintergrund

Allein seit 2015 hat die UN-Generalversammlung 125 einseitige Resolutionen gegen Israel verabschiedet. Demgegenüber stehen sieben gegen Nordkorea, sechs gegen den Iran und keine einzige Resolution gegen einige der schlimmsten Menschenrechtsverletzer der Welt, darunter China, Kuba, Pakistan und Venezuela. Deutschland unterstützte 70 Prozent dieser unausgewogenen Entschlüsse.<sup>1</sup>

Ähnlich der Fall in anderen UN-Gremien, wie dem UN-Menschenrechtsrat (UNHRC).<sup>2</sup>

Angesichts dieser offensichtlichen Schieflage sagte der damalige **Außenminister Heiko Maas** im Mai 2019:

*„Israel [wird bis heute] in UN-Gremien in unangemessener Form angeprangert, einseitig behandelt und ausgegrenzt. Dieser Zustand ist schmerzlich und unbefriedigend [...]. Wir werden [...] uns mit Überzeugung und Nachdruck gegen jeden Versuch stellen, Israel zu isolieren oder zu delegitimieren.“<sup>3</sup>*

Auch der aktuelle **Koalitionsvertrag** zeigt, dass die Missstände in den UN bekannt sind:

*„Wir machen uns stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN.“<sup>4</sup>*

In einer ausführlichen Stellungnahme erklärte das **Auswärtige Amt** zudem im Januar, „sich gegen eine unfaire Behandlung Israels in den Vereinten Nationen“ stellen zu wollen:

*„Einer Singularisierung Israels in den Vereinten Nationen gilt es, weiterhin entschieden entgegenzuwirken. [...] Die Bundesregierung teilt die Kritik, dass Israel immer wieder in Gremien*

---

<sup>1</sup> <https://unwatch.org/database/> (04.07.2022)

<sup>2</sup> <https://unwatch.org/database/problems/unhrc/>

<sup>3</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-70-jahre-israel-vereinte-nationen/2217500> (09.06.2022)

<sup>4</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>, S.155 (08.06.2022)



*der Vereinten Nationen in unangemessener Form einseitig kritisiert und ausgegrenzt wird. Das gilt insbesondere in den VN-Fachorganisationen. [...] Daher tritt Deutschland einer unfairen Behandlung Israels in den Vereinten Nationen entgegen und unterstützt Israels legitime Interessen. Deutschland hat seine Kritik an der unverhältnismäßig hohen Zahl von Israel-kritischen Resolutionen wiederholt zum Ausdruck gebracht und sich dagegen eingesetzt.<sup>5</sup>*

Zwar hat sich das deutsche Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen in den letzten Jahren leicht verbessert, doch nach wie vor unterstützt Deutschland, zusammen mit anderen EU-Staaten, in der Regel jährlich über zehn einseitige Resolutionen, die sich in der Generalversammlung gegen Israel richten.

Ferner hat Deutschland in der Vergangenheit 60 bis 80 Prozent der antiisraelischen UNHRC-Resolutionen unterstützt. Auf der jährlichen Hauptsitzung im März 2022 stimmte Deutschland für drei der vier gegen Israel gerichteten Resolutionen, von welchen drei unter dem einschlägigen Artikel 7 vorgebracht wurden, der ausschließlich für die Verurteilung Israels etabliert wurde – eine Konzentration, wie sie für keinen anderen Staat der Welt existiert. Es handelt sich hierbei um Beschlüsse, die Israels Recht auf Selbstverteidigung leugnen, den palästinensisch-arabischen Terrorismus ignorieren und Israel als per se rassistischen Staat dämonisieren. Auch bleiben hier Dialogverweigerung, antisemitische Hetze und Terrorismus der palästinensisch-arabischen Seite als relevante Konfliktfaktoren unerwähnt. Dies kann unmöglich die vom Auswärtigen Amt gewünschte Abbildung der „deutsche[n] Haltung zum Nahostkonflikt und den Herausforderungen in der Region“ sein.<sup>6</sup>

Die **Erklärung der Bundesregierung**, Deutschland würde durch sein Abstimmungsverhalten im Verhandlungsprozess der Resolutionen bleiben, um deren Inhalte in Teilen abmildern zu können, ist zwar aus operationaler Sicht nachvollziehbar – die negative Signalwirkung in die Welt und in die deutsche Gesellschaft hinein überwiegt jedoch. Dass es auch anders geht, zeigen beispielsweise die Abstimmungsverhalten Kanadas oder Großbritanniens. Letzteres sieht richtigerweise den unverhältnismäßigen antiisraelischen Fokus bspw. des Human Rights Council als Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Institution UN selbst und stimmt deshalb seit 2019 grundsätzlich nicht mehr für den antiisraelischen Artikel 7.<sup>7</sup> Die seitens deutscher DiplomatinInnen befürchtete Isolation bei einem geänderten UN-Abstimmungsverhalten ist weder Großbritannien noch Kanada widerfahren.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus der Erklärung des Auswärtigen Amtes finden Sie unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/nahost-resolutionen-vereinten-nationen/2277244> (09.06.2022)

<sup>6</sup> <https://naffo.de/naffo-positionspapier-deutschlands-abstimmungsverhalten-in-den-vereinten-nationen/>

<sup>7</sup> Großbritanniens ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen Simon Manley am 01.04.2022 vor dem UNHRC: <https://media.un.org/en/asset/k1s/k1sk7ygnh> (09.06.2022)

<sup>8</sup> WI-Talk mit Hillel Neuer von UN-Watch: <https://youtu.be/OGYblDAoo-Q>



### **Handlungsempfehlung:**

Deutschland nutzt seine Möglichkeiten, sich auch auf internationalem Parkett gegen Antisemitismus und Israelhass zu positionieren, noch nicht ausreichend aus.

Deutsche Jüdinnen und Juden werten das deutsche Abstimmungsverhalten bei der UN mitunter als Wortbruch des deutschen Bekenntnisses zu Israels Existenzrecht und Sicherheit.<sup>9</sup> Wir erleben, wie die Abstimmungsergebnisse in den Vereinten Nationen wieder und wieder zur Rechtfertigung israelbezogenen Antisemitismus' herangezogen werden und sehen uns mit diesem zunehmend konfrontiert. Es geht hier nicht darum, Kritik an israelischer Politik zu verhindern, sondern die klar antiisraelische und teilweise antisemitische Motivation hinter zahlreichen dämonisierenden, delegitimierenden und mit doppelten Standards messenden Resolutionen zu erkennen und zurückzuweisen. Die Bundesrepublik sollte die Chance erkennen, sich als verlässlicher Partner an der Seite Israels zu positionieren.

Nicht nur für Israelis und palästinensische AraberInnen, sondern auch für deutsche Juden und Jüdinnen wären klare Worte – und konsequente Taten – ein wichtiges Zeichen.

Abstimmungen gegen Israel in der UN und in ihren Gremien, die routinemäßig von antiisraelischen und zumeist demokratiefeindlichen Staaten eingebracht werden, sollten von Deutschland nicht mehr mitgetragen werden. Mit ihrem Abstimmungsverhalten unterstützt die Bundesrepublik autokratische Regime, die mit ihren Resolutionen gegen Israel das Ziel verfolgen, einen demokratischen Staat auf der internationalen Bühne zu schädigen. Daran darf Deutschland sich nicht beteiligen.

Die Handlungsmacht einer Institution wie die der Vereinten Nationen hängt vor allem von ihrer Glaubwürdigkeit ab – die bisherige Abstimmungspraxis schädigt diese jedoch stark.

### **Weiterführende Publikationen:**

NAFFO Positionspapier: Deutschlands Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen:

<https://naffo.de/naffo-positionspapier-deutschlands-abstimmungsverhalten-in-den-vereinten-nationen2/>

Wertinitiative Reader: Außenpolitik – jüdisch-deutsche Perspektiven ([https://werteinitiative.de/wp-content/uploads/2022/02/Wertinitiative\\_Reader\\_final\\_web.pdf](https://werteinitiative.de/wp-content/uploads/2022/02/Wertinitiative_Reader_final_web.pdf))

WI-Talk mit Hillel Neuer, Geschäftsführer von „UN-Watch“: <https://youtu.be/OGYblDAoo-Q>

---

<sup>9</sup> Vgl. Wertinitiative: Schwerpunkt Vereinte Nationen, in Außenpolitik – jüdisch-deutsche Perspektiven: [https://werteinitiative.de/wp-content/uploads/2022/02/Wertinitiative\\_Reader\\_final\\_web.pdf](https://werteinitiative.de/wp-content/uploads/2022/02/Wertinitiative_Reader_final_web.pdf)